

Ständemehr – demokratisch oder nicht?

Luzerner sowie Zuger Politikerinnen und Politiker im Parlament sind sich uneins, wie über die EU-Verträge abgestimmt werden soll.

Federico Gagliano

Während die Beziehungen zu den USA bröckeln, will der Bundesrat die Abkommen mit der EU festigen. Die neuen Verträge decken unter anderem Stromabkommen, Rechtsübernahmen und Schiedsverfahren mit dem Europäischen Gerichtshof ab.

Die EU-Verträge befinden sich zurzeit in der Vernehmlassung, die bis zum 31. Oktober dauert. Das Volk wird voraussichtlich 2028 darüber entscheiden können. Nicht gefragt sind die Kantone – der Bundesrat empfiehlt, ohne Ständemehr vorzugehen, mit der Begründung, dass dies bei den bisherigen bilateralen Verträgen mit der EU der Fall war. Ob das rechtens ist, steht zur Debatte. Einige der Luzerner und Zuger National- und Ständeräte haben allerdings bereits eine klare Meinung dazu.

SVP geschlossen für Ständemehr

«Ja, selbstverständlich muss das Ständemehr gelten», sagt zum Beispiel Luzerner SVP-Nationalrat **Franz Grüter**. «Diese Verträge tangieren unseren Staat in zentralen Fragen – von der Sou-

veränität über die Gesetzgebung bis hin zur direkten Demokratie.» Gleiches sagen seine beiden Partei- und Ratskollegen, die Luzerner Nationalrätin **Vroni Thalmann-Bieri** und der Zuger Nationalrat **Thomas Aeschi**. Letzterer sagt dazu: «Da mit den neuen EU-Verträgen gewisse Verfassungsbestimmungen aufgeweicht werden, braucht es zu deren Inkraftsetzung die gleichen Kriterien wie für eine Änderung der Bundesverfassung.»

Fast ebenso geschlossen ist die Mitte. Die Luzerner Ständerätin **Andrea Gmür-Schönenberger** sagt: «Es soll auch das Ständemehr gelten, weil es sich um einen Staatsvertrag von ausserordentlicher Bedeutung handelt. Mit dem doppelten Mehr nehmen wir zudem den Gegnern den Wind aus den Segeln.» Angst vor einer Abstimmung sei ein schlechter Berater. Sie sei überzeugt, dass man der Bevölkerung schlussendlich aufzeigen könne, dass die Vorteile der Bilateralen III überwiegen. «Wir brauchen geregelte Verhältnisse wenigstens mit der EU. Das sollte gerade mit dem Zolldebakel klar geworden sein.» Der Luzerner Nationalrat **Leo Müller**

«Das Ständemehr kann dazu führen, dass kleine Kantone eine Volksmehrheit überstimmen.»



Michael Töngi
Nationalrat Grüne

möchte mit dem Ständemehr den Entscheid festigen: «Sollten diese Verträge nicht breit und auch von den <Landkantonen> mitgetragen werden, wäre das eine schlechte Basis für die Zukunft. Eine Zustimmung ohne die Stände hätte für die Zukunft das Potenzial, eine Stadt/Land-Diskussion anzuheizen.» Auch

«Mit dem doppelten Mehr nehmen wir den Gegnern den Wind aus den Segeln.»



Andrea Gmür-Schönenberger
Ständerätin Mitte

der Zuger Ständerat **Peter Hegglin** setzt sich für das Ständemehr ein: Das Abkommen schränke die Kompetenzen der Parlamente und Regierungen von Bund und Kantonen ein, deshalb sollen sie mitentscheiden können.

Die Luzerner Nationalrätin **Priska Wismer-Felder** findet auch, dass die Politik Vertrauen

aufs Spiel setzt, wenn auf das Ständemehr verzichtet wird. Sie werde sich aber intensiver mit dem Thema auseinandersetzen, sobald die Vorlage auf dem Tisch liegt. Gleiches gilt für Luzerner Nationalrat **Pius Kaufmann**, der sich noch nicht definitiv festlegen möchte. Zuger Nationalrat **Gerhard Pfister** hat auf die Anfrage unserer Zeitung nicht geantwortet.

«Inhalte sollen im Vordergrund stehen»

Gegen das Ständemehr stellen sich SP und die Grünen. Für **Michael Töngi** ist die Sache klar geregelt: «Wir treten nicht der EU bei, sondern erneuern unsere Verträge mit ihr.» Es sei falsch, in diesem Fall ein Ständemehr zu verlangen. Das Volk hat 2012 mit 75 Prozent eine Initiative abgelehnt, die alle wichtigen Staatsverträge dem obligatorischen Referendum unterstellen wollte. Der Luzerner Grüne-Nationalrat fügt noch an, dass eher die Inhalte im Vordergrund stehen sollten. Ausserdem zweifle er daran, ob das Ständemehr mehr Demokratie mit sich bringe: «Es kann dazu führen, dass kleine Kantone eine

Volksmehrheit überstimmen.» Für die Zuger Parteikollegin **Manuela Weichelt** gebe die Verfassung klare Spielregeln vor. «Die EU-Verträge betreffen in erster Linie Menschen und nicht die Kantone», sagt sie. Es sei deshalb richtig, dass die bilateralen Verträge nicht dem Ständemehr unterstehen. Auch die Luzerner SP-Vertreter **David Roth** und **Hasan Candan** verweisen darauf, dass bei Staatsverträgen das Volksmehr gelte. «Möchte man dies ändern, müsste man die Bundesverfassung ändern», sagt Roth und verweist wie Töngi auf die abgelehnte Initiative von 2012. «Volksentscheide in dieser Deutlichkeit zu ignorieren, ist hochgradig undemokratisch.»

Noch unentschieden ist man bei der FDP. Der Zuger Ständerat **Matthias Michel** möchte sich nicht äussern, bevor die Kantone ihre Haltung bekannt geben. Auch der Luzerner Nationalrat **Peter Schilliger** will sich noch nicht öffentlich festlegen. Der Luzerner Ständerat **Damian Müller** stehe noch in der Entscheidungsfindung: «Ich werde mir alle Argumente genau anhören und sorgfältig abwägen, bevor ich meine Haltung forme.»

Jugenddorf in Knutwil ist jetzt mobil

Seit diesem Jahr hat das Jugenddorf erstmals auch ein ambulantes Angebot. Oft geht es dabei um Schulabstinenzen.

Alexander von Däniken

Nächstes Jahr feiert das Jugenddorf in Knutwil seinen 100. Geburtstag. Die Bewohner sind deutlich jünger: zwischen 14 und 25 Jahre. Sie sind männlich, stark verhaltensauffällig und wegen straf- oder zivilrechtlicher Massnahmen an dem Ort, der für sie ein Neuanfang sein kann. «Ihre Eltern geben mit den Jugendlichen oft auch die Verantwortung ab», sagt **Susanne Enz**. Sie leitet im Jugenddorf die systemische Arbeit, ist also darauf spezialisiert, die Beziehungen und Dynamiken innerhalb einer Familie zu verstehen.

In der sozialpädagogischen Institution kreisten die Gedanken darum, wie die Eltern besser zum Dranbleiben motiviert werden können. Gleichzeitig stellte der Kanton Luzern fest, dass die Nachfrage nach ambulanten Leistungen hoch bleibt. Zwischen dem Kanton und dem Jugenddorf besteht eine langjährige Leistungsvereinbarung. «Wir schlugen der zuständigen Dienststelle Soziales und Gesellschaft vor, eine ambulante Leistung anzubieten, was auf gute Resonanz stiess», sagt **Susanne Enz**. Konkret bewilligte die Dienststelle einen zweijährigen Pilotversuch für die aufsuchende sozialpädagogische Familienbegleitung «mobil».

Premiere für Jugenddorf

Das Angebot ist nicht einzigartig, wie **Enz** betont. Aber für das Jugenddorf, das sich bisher auf stationäre Leistungen kon-



Susanne Enz, Leiterin der systemischen Arbeit (rechts), mit der sozialpädagogischen Familienarbeiterin **Sara Krähenbühl** im Garten des Jugenddorfs Knutwil.
Bild: Eveline Beerkircher (13. 8. 2025)

zentriert hat, sei es eine Premiere. Zudem können verschiedene Synergien genutzt werden; neben der fachlichen Erfahrung stünden bei Bedarf in Knutwil auch Sitzungs- und Besprechungszimmer bereit. Aber was beinhaltet das Anfang dieses Jahres gestartete Angebot? Es richtet sich an Eltern, die sich in der Erziehung überfordert füh-

len oder die wegen Krankheit, einer Sucht oder chronischer Konflikte aktuell nicht mehr in der Lage sind, einen geregelten Alltag zu gestalten. Sie werden über Fachstellen wie die Kesb, Sozialdienste der Gemeinden oder schulpyschologische Dienste an das Jugenddorf vermittelt.

Erfahrene Expertinnen besuchen die Familie in deren Zu-

hause. Neben Gesprächen als zentralem Instrument werden über Familienaufstellungen und Rollenspiele andere Perspektiven aufgezeigt und Themen vertieft. «Dabei sind ganz klar die Eltern im Fokus, nicht ihre Kinder.» Die Begleitung habe einen präventiven Charakter. Oder sie unterstützt Eltern, wenn Kinder oder Jugendliche aus dem Ju-

genddorf oder einem anderen Heim zurück in ihr Zuhause ziehen. Auffallend ist, dass von den bisher elf Fällen bei deren vier der Schulabsentismus im Vordergrund gestanden ist; also das häufige unentschuldigte Fernbleiben von Kindern und Jugendlichen im Unterricht.

Generell ist die Nachfrage hoch, sagt **Sara Krähenbühl**. Die

sozialpädagogische Familienberaterin bildet zusammen mit **Susanne Enz** vorerst das ausrückende Team. Eigentlich wäre für das erste Jahr der Pilotphase noch ein drittes Mitglied geplant. Auf ein entsprechendes Stelleninserat hat sich aber noch keine geeignete Person gemeldet – ein Zeichen des Fachkräftemangels. «Unabhängig davon ist der Start sehr gut verlaufen», sagt **Krähenbühl**. Zwischenzeitlich musste sie eine Warteliste führen. Anders als im Jugenddorf beschränke sich hier das Alter der Kinder nicht nur auf Teenager. «Wir hatten schon Familien mit Kindergärtnern.» Die Arbeit sei sehr vielseitig und bisweilen herausfordernd, aber die Eltern würden die Begleitung der Expertinnen schätzen.

Konflikte müssten ganzheitlich gelöst werden

Die Ziele sind klar: Die Selbstwirksamkeit der Eltern soll gestärkt, ihre Fähigkeiten für Kommunikation und Konfliktbewältigung sollen gefördert werden. Letztlich geht es laut **Susanne Enz** um ein besseres Verständnis für gewisse Verhaltensweisen innerhalb der Familie und um eine angemessene Reaktion darauf. «Wenn ein Teenager nicht aufstehen will, kommt es sehr darauf an, mit welcher Einstellung die Mutter seine Zimmertür öffnet», nennt **Enz** als Beispiel. Sie und **Sara Krähenbühl** sind jedenfalls überzeugt davon, dass manche Konflikte ganzheitlich gelöst werden müssen.